

Pressekonferenz zur Lancierung der Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten  
Bern, 30. Juni 2006

### **Aufruf zur kollektiven Kriegsdienst-Verweigerung**

Am 30. April hat eine gut besuchte Vollversammlung der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) beschlossen, gemeinsam mit anderen friedenspolitischen Parteien, Organisationen und Personen eine Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten zu lancieren. Die Mehrheit der GSoAtinnen und GSoAten, welche an den Initiativ-Diskussionen und Vorbereitungen beteiligt waren, kommen aus der Antikriegsbewegung, an der die GSoA eine mobilisierende und koordinierende Rolle gespielt hat. Wir suchten von Anfang an das Bündnis mit anderen Kräften und haben unter anderem aus diesem Grund die Delegiertenversammlung der SPS abgewartet. Wir hatten nie den geringsten Zweifel, dass die grosse Mehrheit der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Kriegsmaterialexporte für wen auch immer weiterhin ablehnt.

Die ersten Erfahrungen bestätigen, dass es leicht fällt, die Bürgerinnen und Bürger zu einer Unterschrift zu bewegen und dass die Initiative an der Urne eine Mehrheit gewinnen kann. Dafür haben wir drei Hauptgründe:

- Erstens ist die Initiative so formuliert, dass es den Rüstungs- und damit Kriegsprofiteuren schwer fallen wird, von deren Kernfrage, dem Verbot von Kriegsmaterialexporten, abzulenken. So haben wir den schwer vermittelbaren dual-use-Komplex ausgeklammert. Dies fiel uns um so leichter, als die durch das Kriegsmaterialgesetz nicht erfassten „besonderen militärischen Güter“ seit 1997 dem neuen Güterkontrollgesetz unterstellt sind. Damit können wir verwirliche Definitions-Streitereien, welche 1997 zum Fiasko führten, vermeiden. Was bereits als bewilligungspflichtig gilt, soll verboten werden.
- Zweitens ist die Bewilligungspraxis des Bundesrats - denken wir nur an die genau vor einem Jahr gefällten Entscheide oder an die Rüstungszusammenarbeit mit Israel! - zu einer ziemlichen Farce geworden. Die Wünsche der USA stehen über Schweizer Gesetzen!
- Drittens hat sich die Einstellung in der Bevölkerung zu Krieg und Frieden seit dem Irak-Krieg stark verändert. Die zwischenzeitlich erschütterte Einsicht, dass mit Waffen und Kriegen keine Probleme gelöst, aber viele neue geschaffen werden, hat sich wieder durchgesetzt – mindestens bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das gilt noch mehr für die Haltung, dass die Schweiz der Welt ihr Friedens- und nicht ihr Kriegshandwerk zur Verfügung stellen soll. Es ist gescheitert, die Armut zu bekämpfen als arme Länder wie Botswana aufzurüsten oder Kriege zu nähren. Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will nicht, dass Schweizer Kriegsgeräte direkt oder indirekt im Irak landen. Es ist offensichtlich, dass die USA über den Einsatz von schweizerischen M113 die Legitimitäts-Ressource Neutralität anzapfen wollen. Dasselbe gilt für Afghanistan, das sich immer mehr irakisiert.

Unser Initiativ-Aufruf, dem „war on terror“, diesem terrorismusfördernden Krieg um Rohstoffe, den Kriegsdienst zu verweigern, wird ein gutes Echo finden.

Was die Chancen dieser Initiative zusätzlich erhöht, ist der Umstand, dass die Exporte von Kriegsmaterialien wie Schützenpanzer in den Irak und für Besatzungsarmeen wie die dänische (Platz 2!) die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes völlig unnötig gefährden. Dieser Hinweis dürfte überzeugender wirken als der ebenso dummliche wie notorische Einwand, ein Waffenexportverbot käme der Armeeabschaffung gleich.

### **Josef Lang**

GSoA-Vorstand, Nationalrat Alternative Kanton Zug, Vertreter der Grünen Fraktion in der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK)